



Alternativantrag

der Fraktion der AfD

zu „Für Demokratie – Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror“ (Drs. 19/2078)

Gemeinsam gegen Extremismus - Rechtsstaat und Demokratie schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu einem antiextremistischen Grundkonsens und erkennt an, dass einer Polarisierung in Politik und Gesellschaft nur wirksam begegnet werden kann, indem man sich gemeinsam und in glaubhafter Form gegen extremistische Strömungen rechter, linker oder konfessioneller Art einsetzt.

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages sprechen sich vorbehaltlos gegen jegliche Strömungen aus, die das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie das staatliche Gewaltmonopol, vertreten durch die Polizei- und Sicherheitsbehörden und der Justiz der Bundesrepublik Deutschland, ablehnen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert alle Bürger Schleswig-Holsteins dazu auf, sich kritisch mit Protestbewegungen aller Richtungen und deren Akteuren im Hinblick auf eine Instrumentalisierung und Unterwanderung durch gewalttätige und politische Extremisten auseinanderzusetzen. Anliegen legitimen Protestes dürfen in einer starken und wehrhaften Demokratie nicht zu Vehikeln extremistischer Strömungen und deren Ideologien werden.

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages wirken zum Schutz unserer verfassten demokratischen Ordnung und zur Bekämpfung des Extremismus auf ihre Parteien und Jugendorganisationen im Rahmen ihrer Vorbildfunktion als Demokraten ein.

—
Claus Schaffer und Fraktion